

DIE LINKE verleiht
zum dritten Mal ihren
Frauenpreis
8. März 2013, Pfefferberg,
Schönhauser Allee 176



Letzte Handgriffe in der Wahlkampfzentrale der LINKEN

Foto: Rico Prauss

Kopf hoch, nicht die Hände – jetzt erst recht!

Der Start in das Wahljahr 2013 war für DIE LINKE nicht optimal, ich hätte mir und den Genossinnen und Genossen in Niedersachsen den Wiedereinzug in den Landtag sehr gewünscht. Sie hatten es verdient.

Der Wahlkampf hat uns allerdings gezeigt, wie die Partei zusammenstehen kann – alle haben gekämpft. Das Ergebnis belegt aber auch, dass noch viel Arbeit vor uns liegt und manche Träume nicht ganz so schnell Realität werden. Den Kopf hängen zu lassen, hat jedoch keinen Sinn.

Kopf hoch, nicht die Hände – so haben wir uns und anderen früher Mut gemacht. Das gilt auch heute. Zusammenhalten und gemeinsam für unsere Ziele kämpfen, das macht uns stark. Vieles von dieser Stimmung, die wir brauchen, habe ich erlebt, als ich am 29. Januar bei Euch zu Gast war. Ich habe Euch so erlebt, wie ich mir DIE LINKE wünsche: streitlustig in der Sache, solidarisch miteinander. Das war immer die Basis, die uns erfolgreich machte.

Ich weiß, hier in Lichtenberg schlägt das Herz unserer Partei besonders kräftig. Hier

waren und sind wir besonders erfolgreich. Erst mit Christa Luft, dann mit Gesine Lötzsch halten wir diesen wichtigen Wahlkreis, quasi über politische Generationen hinweg. DIE LINKE ist hier fest verankert, in Vereinen, Verbänden und Initiativen. Hier sind wir nah am Alltag der Menschen, an ihren Sorgen und Problemen. Hier kümmern wir uns. Das ist nicht der Erfolg Einzelner, es ist das Werk von Euch allen. Und ich danke Euch dafür!

Wahlkämpfe kosten Kraft, Zeit und Energie. Wir werden jede Hand und jeden Kopf brauchen. Wir brauchen Eure Hände, Eure Köpfe und Eure Herzen, wollen wir im September erfolgreich sein. Jetzt gilt es: Wir dürfen das Land nicht denen überlassen, die es mit falschen Methoden ruinieren, Arme an den Rand drängen und Reiche immer reicher machen. Das soziale Gewissen, DIE LINKE, gehört in den Bundestag. Ich bin mir sicher, dass uns das mit Euch gelingt. Legen wir los – gemeinsam, für uns und für ein sozialeres Land. *Matthias Höhn, Geschäftsführer der Partei DIE LINKE und Wahlkampfleiter*

Ein Kampftag

Von Evrim Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

Seit 102 Jahren gibt es den Internationalen Frauentag. Doch bis heute ist es hierzulande nicht gelungen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen. Selbstbestimmung über den Körper ist für Frauen nicht selbstverständlich, sie verdienen für die gleiche Arbeit weitaus weniger als Männer, kommen nur selten an die Spitze von Unternehmen und tragen eine doppelte Last, um Familie und Beruf zu vereinbaren.

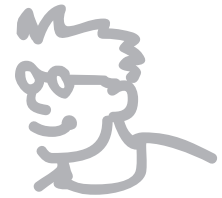
Die Wahlkämpfer von CDU und SPD wollen mit dem Thema Gleichberechtigung Stimmen fangen, denn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen. Man redet von Frauenquote in Führungspositionen und mehr Kitaplätzen. Gleichzeitig führte man eine „Herdprämie“ ein, um Frauen von Arbeit und finanzieller Eigenständigkeit fernzuhalten.

Gern werden die Bedingungen, die einst im Osten des Landes für Frauen geschaffen wurden, als „DDR-Unrecht“ verteuelt. Dabei existieren in Schweden und Norwegen ganz ähnliche Strukturen.

Es gab keine Chancengleichheit, aber bessere Chancen, sich beruflich zu entwickeln und Familie zu haben. Abtreibung war legal, es gab ein flächendeckendes Netz von Kindertagesstätten, keine Frau war gezwungen, zu Hause zu bleiben und auf Arbeit und materielle Unabhängigkeit zu verzichten. Wie weit wir zurückgeworfen wurden, sieht man auch an der Realität in den alten Bundesländern. Antiquierte Rollenmodelle haben Konjunktur. Wie immer in Krisenzeiten. Von links gegenhalten ist das Gebot der Stunde. Frauentag ist Kampftag.

Volksbegehren

Die zweite Stufe des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ beginnt am 11. Februar. Bis Juni müssen mindestens 173 000 gültige Stimmen gesammelt werden. Unterschriftenlisten gibts bei der LINKEN: Alfred-Kowalke-Straße 14 und Ahrenshooper Straße 5.



Was wir wollen und wofür wir kämpfen

Mit 20 Bezirksverordneten stellt DIE LINKE die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Sie alle haben für das Jahr 2013 gute politische Vorhaben, für die sie sich stark machen und einsetzen werden. Ein paar wollen wir Euch hier vorstellen:

» **Tatjana Behrendt:** Lichtenberg ist seit Jahren ein attraktiver Kulturstandort, und das soll so bleiben. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, das neue Kulturhaus in Karlshorst endlich mit Leben zu erfüllen.

» **Katrin Framke:** Ich engagiere mich für eine lebendige Kunst- und Kulturszene in Lichtenberg.

» **Ingeborg Görsdorf:** Ich arbeite weiter für den Ausbau und den Erhalt der Sportplätze in Lichtenberg. Natürlich auch für die Sanierung und den Ausbau von Schulen, damit auch weiter im Grundschulbereich die Devise gilt: „Kurze Wege für kleine Füße.“

» **Michael Grunst:** Lichtenberg muss noch familienfreundlicher werden. Dafür brauchen Kinder, Jugendliche und ältere Menschen eine starke Stimme – auch im Bundestag. Darum werbe ich für die Wiederwahl von Dr. Gesine Löttsch.

» **Michael Niedworok:** Wir wollen in Lichtenberg ein Schulsystem, das wirklich inkludiert: Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf genauso wie Flüchtlingskinder. Und wir wollen ein Schulnetz, das gut ausgebaut ist. Der Senat ist in der Pflicht, den Bezirken die nötigen Mittel für die Schulsanierung zukommen zu lassen.

» **Anja Paasch:** Ich setze mich auch im neuen Jahr für den Erhalt der Lichtenberger Kleingärten ein. Bei Problemen stehe ich als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

» **Christian Petermann:** Ich stehe dafür, dass DIE LINKE all jenen Stimme gibt, die von den anderen Parteien vergessen werden. Dazu gehören insbesondere jene, die trotz Arbeit keine großen Sprünge machen können. Vor allem für sie müssen Mieten und Energie bezahlbar bleiben.

» **Evrin Sommer:** Ich werde der ungerichten Politik der SPD-CDU-Regierung in Berlin und der Lichtenberger Zählgemeinschaft entgegentreten und für die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger streiten. Ich kämpfe vor allem auch gegen die Benachteiligung von Frauen.

» **Daniel Tietze:** Ich engagiere mich dafür, dass Lichtenberg ein bunter und welt-offener Bezirk bleibt und Rassismus, Faschismus und Antisemitismus keine Heimat haben. Nirgends.

» **Petra Weitling:** Ich werde mich für die Gemeinschaftsschule einsetzen, weil diese Schule als einzige Chancengleichheit für alle garantiert und Bildung eines der wichtigsten Güter ist, die wir unseren Kindern mitgeben können. Keine Einsparung bei Bildung, denn sie ist unsere Zukunft!

» **Norman Wolf:** Nicht wenige Straßen und Plätze in Lichtenberg sind nur unzureichend oder gar nicht beleuchtet. Hieran möchte ich arbeiten, denn mehr Beleuchtung schafft mehr Sicherheit.



Foto: Jörg Rückmann

Mitglieder des Bezirksvorstandes der Lichtenberger LINKEN ehrten am 13. Januar auf dem Gedenkfriedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde die revolutionären Sozialisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die vor 94 Jahren ermordet wurden.

KOMMENTIERT

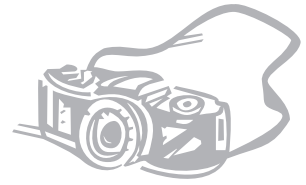
Erfolgspropaganda

Rechtzeitig vor den Wahlen jagen sich die Erfolgsmeldungen – aus der deutschen Wirtschaft, aus Phillips Märchenzimmer, vom Nürnberger Arbeitsmarkt-Papst. Alle preisen den Wirtschaftsboom und bedauern, dass sich dieser leider noch nicht in steigenden Löhnen niederschlägt.

Aber hallo, dachte ich. Das Einkommen stagniert bzw. sinkt doch nicht trotz des Wirtschaftsbooms, sondern dieser findet umgekehrt gerade wegen der geringen Lohnkosten statt. Deutschland ist inzwischen das Spitzen-Lohndrückerland der westlichen Welt, das Land der Niedriglohn-Jobs, der Aufstocker, der MAE-Kräfte, der schlechter bezahlten Frauen. Seit 1980 sanken die inflationsbereinigten Nettolöhne und Renten in Deutschland um ca. 15 Prozent. In der gleichen Zeit verdoppelt sich die Produktivität. Sinkende Reallöhne, steigende Profite – so sieht die Realität aus. Kein Wohlstandszuwachs, stattdessen deutliche Einbußen bei fast allen mittleren und unteren Einkommen. Für soziale Härten kommt der Staat auf. Ein Paradies. Nicht für alle, aber für die Profiteure.

Dabei gibt es Alternativen: auskömmlicher Mindestlohn, angemessene Tarife und Renten, gerechte Vermögens- und Betriebssteuern, keine Steuerschlupflöcher, keine Steuerprivilegien, härteste Bestrafung von Steuerbetrug, bedingungsloses Grundeinkommen. Man müsste nur bei der LINKEN nachschauen, aber die versteht ja nichts von Wirtschaft. Sagt die Wirtschaft ...

Vor allem müsste sich die Politik auf den soziokulturellen Bereich orientieren. Bei immens wachsendem Bedarf nach qualifizierter Pflege und Betreuung, nach Beratung und Lebenshilfe, nach Gesprächen und sinnvoller Freizeit sind hier zwar immer mehr und dennoch viel zu wenig Menschen beschäftigt und die meisten in höchst prekären Verhältnissen. Bei diesen zumeist sehr anspruchsvollen Tätigkeiten können digitalisierte Prozesse die Menschen nicht ersetzen. Deshalb hat dieser Arbeitsmarkt eine große Zukunft. Er hat nur einen Nachteil: Er bringt für alle Gewinn, aber für niemanden Profit. Dr. Peter-Rudolf Zolt



BER: Wer trägt die Verantwortung?

Von Harald Wolf, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus



Am ersten Januarwochenende platzte die Bombe: Die Eröffnung des neuen Flughafens in Schönefeld muss wieder – diesmal auf unbestimmte Zeit – verschoben werden.

Die Ereignisse überschlagen sich: Krisensitzung der drei Eigentümer der Flughafen-Gesellschaft – Bund, Berlin und Brandenburg –, Wowereit tritt als Aufsichtsratsvorsitzender zurück, Platzeck wird neuer Chef des Kontrollgremiums. Die Opposition setzt eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses durch, ein Misstrauensantrag gegen Wowereit scheitert – wie nicht anders zu erwarten – an den Stimmen von SPD und CDU. Empörung, Unverständnis und Wut darüber, dass die Steuerzahler durch den Putsch am Bau mit zusätzlichen Kosten belastet werden, bestimmen die öffentliche Diskussion. Und über allem die Frage: Wer trägt die Verantwortung für das Debakel?

Eines ist nach den bisherigen Erkenntnissen klar: Die Verantwortung für die fehlerhafte Ausführungsplanung und die Baumängel liegen beim Generalplaner, bei der für die Projektsteuerung verantwortlichen Gesellschaft und der Geschäftsführung. Pläne waren teilweise veraltet, falsch oder unvollständig. Und wenn der Vertreter der für teures Geld beauftragten, weltweit agierenden Projektsteuerungsgesellschaft erklärt, jetzt müsse eine „umfassende Bestandsaufnahme“ und „ein Abgleich zwischen der Planung und dem gebauten Zustand“ erfolgen, ist man nur noch fassungslos. Genau diesen Überblick zu haben, wäre in all den Jahren die Aufgabe dieser Gesellschaft gewesen!

Grandios versagt hat auch die Geschäftsführung. Sie hatte offensichtlich den Überblick über das Baugeschehen verloren. Der Projektsteuerer und bauausführende Firmen berichten, dass die Geschäftsführung ver-

hinderte, dass Informationen direkt an den Aufsichtsrat gelangten und die Berichte an diesen geschönt waren. Sie habe den Aufsichtsrat – entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung – falsch bzw. nicht umfassend unterrichtet.

Der Aufsichtsrat wiederum muss sich die Frage gefallen lassen, ob die Organisation der Baukoordination und das Kontrollsystem den Anforderungen eines solchen komplexen Bauvorhabens gewachsen war.

Angesichts des Debakels hört man immer wieder, dass Politiker in Aufsichtsräten fehl am Platze seien und man diese Aufgabe besser „Experten aus der Wirtschaft“ überlassen solle. Wir kennen viele Beispiele, wo genau diese Experten versagt haben: in der Vergangenheit bei der Berliner Bankgesellschaft, wo der überwiegend aus Vertretern der „freien Wirtschaft“ bestehende Aufsichtsrat den großen Bankenskandal mit zu verantworten hat. Oder aktuell bei ThyssenKrupp, wo Milliarden durch Fehlinvestitionen in ein Stahlwerk im brasilianischen Sumpf versenkt wurden. Wir meinen: Öffentliche Unternehmen müssen durch der Öffentlichkeit und den Parlamenten verantwortliche Politikerinnen und Politiker kontrolliert werden. DIE LINKE wird im Untersuchungsausschuss ihren Beitrag zur Klärung der Verantwortlichkeiten auch der Politik leisten.

Wir fordern eine umfassende Bestandsaufnahme der Baumängel, die Klärung der Verantwortlichkeiten und die Geltendmachung von Regress. Es muss endlich eine verlässliche Planung für die Fertigstellung des Flughafens erstellt werden. Nur auf einer solchen Grundlage dürfen Mittel für den Weiterbau freigegeben werden. Und nicht zuletzt: Es darf keine Abstriche und Tricks beim Lärmschutz geben.

Kurze BER-Chronologie

- **Dezember 1991:** Gründung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding (BBF), Gesellschafter sind Berlin und Brandenburg mit je 37 Prozent sowie der Bund mit 26 Prozent
- **Januar 1992:** Die Planungen für den Großflughafen beginnen.
- **Mai 1994:** Ein Raumordnungsverfahren prüft die Standorte Schönefeld, Sperenberg und Jüterbog.
- **Juni 1996:** Die Entscheidung fällt für Schönefeld, Tegel und Tempelhof sollen geschlossen werden.
- **Juni 1998:** Eine Gruppe um den Immobilienkonzern IVG und eine Gruppe um den Baukonzern Hochtief reichen Angebote ein.
- **Oktober 2000:** Nach einem längeren Rechtsstreit einigen sich Hochtief und IVG auf einen Vergleich. Übrig bleibt das Konsortium „BBI Partner“.
- **April 2001:** Öffentliche Anhörungen beginnen – es liegen 134.000 Einwendungen vor.
- **16. März 2006:** Das Bundesverwaltungsgericht genehmigt in letzter Instanz den Bau des BBI unter verschärften Lärmschutzaufgaben.
- **30. Oktober 2008:** Schließung des Flughafens Tempelhof.
- **8. Februar 2010:** Insolvenz der Planungsfirma IGK-IGR GmbH.
- **7. Mai 2010:** Richtfest für den Flughafen-terminal.
- **25. Juni 2010:** Verschiebung der Eröffnung auf den 3. Juni 2012.
- **10. Mai 2011:** Fertigstellung der Südbahn.
- **7. Februar 2012:** Start Probetrieb mit rund 10.000 Komparsen.
- **17. Mai 2012:** Verschiebung der Eröffnung auf März 2013.
- **7. September 2012:** Verschiebung der Eröffnung auf Oktober 2013.
- **27. September 2012:** Beschluss, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.
- **4. Januar 2013:** Eine Studie bezweifelt, dass die geplanten Kapazitäten ausreichen.
- **7. Januar 2013:** Eröffnung wird auf unbestimmte Zeit verschoben, Wowereit tritt als Aufsichtsratsvorsitzender zurück, Matthias Platzeck nimmt seine Stelle ein.



„Erinnern, um zu widerstehen“

Unter diesem Motto hatte DIE LINKE am 30. Januar 2013 anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland eingeladen. Zahlreiche Menschen kamen ins Kino „Babylon“. Sie erlebten eine würdige, nachdenkliche Veranstaltung, in der sowohl des unendlichen Leids in den Jahren des Hitlerfaschismus gedacht als auch über ganz aktuelle Gefahren durch Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus diskutiert wurde. Vor allem um den Kampf gegen neue Nazis ging es in einem Gespräch von Schülerinnen und Schülern des Wilhelm-von-Siemens-Gymna-

siums und Gregor Gysi. Viel zu wenig, sagte der unter anderem, werde beachtet, wie wichtig gute Bildung und damit ein gutes Selbstbewusstsein für Kinder und Jugendliche seien. Wer nicht selbstbewusst ist, sei anfällig für Rechtsextremismus, weil dort das Motto gelte: Du bist besser als Milliarden andere Menschen. Du bist Deutscher, allein darauf kannst du schon stolz sein.

Weil die Gesprächszeit viel zu schnell zu Ende war, verabredeten sich die jungen Leute und Gregor Gysi zum weiteren Austausch an ihren jeweiligen Wirkungsstätten: im Gymnasium und im Bundestag. „Warum“, fragte ein Schüler zum Schluss, „ist DIE LINKE eigentlich die einzige Partei, die mit einer solchen Veranstaltung an diesen Jahrestag erinnert?“ *Tatjana Behrend*



Foto: Ronald Friedmann

Warum Links?

Ich habe Angst! Nicht vor der Arbeitslosigkeit meines Mannes, auch nicht davor, dass meine Freiberuflichkeit prekär ist. Dieses Schicksal teilen wir mit Tausenden in Deutschland, mit Millionen in der Welt. Das ist nicht gut, wahrlich nicht! Doch wenn es dazu führte, dass wir Ausgegrenzten mehr zusammenrückten und einander näher kämen, hätte es sogar ein gutes, ein solidarisches Moment. Aber ich habe Angst vor einem Krieg! Der Nahe Osten ist ein Pulverfass und uns sehr nah! Nur eine Partei in Deutschland lehnt jede Beteiligung an Kriegen ab. Deshalb engagiere ich mich in der LINKEN.

*Marga Voigt,
Ortsverband Karlshorst*

DIE LINKE.

www.die-linke-lichtenberg.de

Schülerinnen und Schüler im Gespräch mit Gregor Gysi. Gäste im „Babylon“ waren auch die LINKEN-Politikerinnen Katja Kipping und Petra Pau, der Chefredakteur des „ND“, Tom Strohschneider, Vertreter/-innen der Amadeu-Antonio-Stiftung, der Bündnisse „Dortmund gegen Rechts“ und „Dresden nazifrei“ sowie der VVN-BdA.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Direkt mitbestimmen

Am 10. Januar tagte das neue Begleitgremium Bürgerhaushalt des Bezirks, das auf Druck der LINKEN mit direkteren Einflussmöglichkeiten ausgestattet ist. Es sichtet die eingegangenen Vorschläge und sorgt für schnelle Entscheidung und Realisierung. Infos: www.hendrikjeklein.de

Hotel Hubertusbad?

Für den Erhalt des Hubertusbades will sich Bezirksstadtrat Nünthel (CDU) nicht einsetzen. Das sei Sache eines Investors, erklärte er auf eine Bürgeranfrage. Bis vor kurzem lag ein Kaufangebot zur Nutzung als Hotel und Konferenzzentrum vor.

Aktuelle Oberschulbroschüre

Die Broschüre der „Lichtenberger weiterführenden Schulen 2013/2014“ ist erschienen. Sie wird in allen 6. Klassen verteilt, ist aber auch im Schul- und Sportamt, Große-Leege-Straße 103, Raum 445, oder im Web unter www.berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/bildung/bildung001.html erhältlich.

Lärmschutz?

Die kurvenreiche Straßenbahntrasse an der Wartenberger Straße soll begradigt werden. Das gemeinsame Senats- und BVG-Vorhaben wird vom Bund finanziell unterstützt. Allerdings ist offen, wann der Plan realisiert wird und der Lärmpegel abnimmt.

Kein Bleiberecht für Brachen

Die Bedingungen für die Nutzung von Brachen in Hohenschönhausen hat MdA Dr. Wolfgang Albers (DIE LINKE) mit einer Kleinen Anfrage (Drucksache 17/11273) öffentlich feststellen lassen.

So wurde der Besitzer des Grundstückes „Ehemaliges Wohnheim an der Hauptstraße“ in der Gehrenseestraße 1/2 verpflichtet, die Gebäude und das Gelände zu sichern. Bereits 2006 hatte er dafür eine gewerbliche Nutzung angekündigt. Die rund 52 000 Quadratmeter großen Flurstücke um die Anna-Ebermann-Straße unterliegen einem Bebauungsplanverfahren.

Infos: www.linksfraktion-berlin.de

Sozial und solidarisch für Lichtenberg

Voll war es. Über 30 Mitglieder aus dem Bezirksvorstand der LINKEN, der BVV-Fraktion, dem Bezirksamt und dem Abgeordnetenhaus berieten gemeinsam mit unserer Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch die Vorbereitungen für den bevorstehenden Wahlkampf. Es herrschte Aufbruchstimmung und Werkstattatmosphäre.

Wir wollen und werden gemeinsam mit Gesine Löttsch den Lichtenberger Wahlkreis verteidigen. Er wird seit 1994 durch Abgeordnete der PDS und der LINKEN vertreten. Unsere Stimme im Deutschen Bundestag war und ist immer eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Praxisgebühr, für Rentengerechtigkeit, Mindestlohn und Frieden.

Gesine Löttsch machte deutlich, dass im Wahlkampf Mieten, gute Arbeit und Rentengerechtigkeit wichtige Themen der LINKEN sein werden, um den Bürgerinnen und Bürgern Angebote für eine soziale und solidarische Gesellschaft zu unterbreiten.

Um für die inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen im Bundestagswahlkampf gerüstet zu sein, unterstützte uns Steffen Twardowski mit einer aktuellen Wählerpotenzialanalyse. DIE LINKE werde immer stärker als Kümmererpartei wahrgenommen. Der Referent des Parteivorstandes, Mark Seibert, informierte zum Thema Internetauswahlkampf und soziale Netzwerke. Fast

80 Prozent unserer Anhängerinnen und Anhänger nutzen das Internet.

Im Anschluss ging es um die konkrete Wahlkampfplanung und -organisation sowie um die inhaltlichen Schwerpunkte. Sebastian Schlüsselburg stellte in Grundzügen die Planung und Organisation vor, und ich habe den inhaltlichen Fahrplan für die verbleibenden Monate präsentiert. Unsere politischen Schwerpunkte müssen konkret und sinnlich vermittelt werden.

Die BVV-Fraktion wird kontinuierlich Fragen der Mietentwicklung in Lichtenberg thematisieren – mit Anfragen, Initiativen, Debatten. Ebenso wird die Lichtenberger LINKE in den kommenden Wochen und Monaten mit Infoständen und Unterschriftenaktionen das Volksbegehren des Berliner Energietisches kraftvoll unterstützen. Wir stehen – wie keine andere Partei – für mehr direkte Demokratie und Rekommunalisierung – das sollten wir fantasievoll und energiegelich deutlich machen.

Die Klausurtagung machte deutlich, dass die Lichtenberger LINKE auch im nächsten Deutschen Bundestag mit Gesine Löttsch eine starke Interessenvertreterin der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger haben wird. Jetzt geht es in den Wahlkampf. Alle werden gebraucht. Ob beim Plakatieren, Spenden, an Infoständen oder auf Veranstaltungen. Los geht's.

Michael Grunst

Veranstaltungen

- **Dienstag, 12.2., 18 Uhr**
„Rechtsextremismus in Deutschland – NSU-Verfahren“, Veranstaltung des OV Friedrichsfelde-Süd mit Prof. Fink; Bernhard-Grzimek-Schule, Sewanstraße 184
- **Dienstag, 12.2., 19 Uhr**
„Wohnen und Mieten“, Bürgerforum mit Dr. Gesine Löttsch, MdB, Katrin Lompscher, MdA, und Dr. Lieselotte Bertermann, Mieterverein; Kinderhaus, Neustrelitzer Straße 57
- **Sonnabend, 16.2., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Chrisina Emmrich; Treff: Kitaneubau der Volkssolidarität, Treskallee 128
- **Mittwoch, 20.2., 18 Uhr***
Mieterberatung mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel und Dr. Lieselotte Bertermann
- **Sonnabend, 23.2., 10 Uhr**
2. Tagung des 4. Landesparteitages, anschließend Landesvertreterversammlung, Jerusalemkirche, Lindenstraße 85 (Kreuzberg)
- **Sonnabend, 23.2., 15 Uhr**
Hanns-Eisler-Konzert des Ernst-Busch-Chores, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1
- **Montag 25.2., 19 Uhr***
BV-Tagung

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14



Infostand der LINKEN auf dem Wochenmarkt am Tierpark trotz klirrender Kälte: In vielen Gesprächen erhielten wir großen Zuspruch für die erneute Kandidatur von Gesine Löttsch.

AG Wohnen und Mieten

Das Mietenproblem hat auch Lichtenberg längst erreicht. 2012 sind die Mieten in Alt-Lichtenberg um 6 Prozent gestiegen, in Friedrichsfelde sogar um 8,5 Prozent. Davon sind nicht nur Mieterinnen und Mieter des Privatmarktes betroffen. Auch die HOWOGE hat viele Mieterhöhungsschreiben verschickt.

Für DIE LINKE bleibt das Mietenproblem ein politischer Schwerpunkt. Deshalb haben wir im Januar die Arbeitsgruppe „Wohnen & Mieten“ gegründet. Wir treffen uns jeden 2. Donnerstag im Monat, 18 Uhr, Alfred-Kowalke-Straße 14. Wir sind offen für alle, die mit uns weiter gegen steigende Mieten kämpfen wollen. Außerdem bieten wir durch die Rechtsanwältin Birgit Stenzel am selben Ort an jedem dritten Mittwoch im Monat um 18 Uhr eine kostenfreie Mietrechtsberatung an.

Gutes Wohnen muss bezahlbar bleiben – in Lichtenberg und überall

Von *Katrin Lompscher*, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus



Foto: Jörg Rückmann

Wohnungsmieten und Immobilienpreise in Berlin klettern weiter. Der Bezirk Lichtenberg wird einerseits immer beliebter, andererseits immer teurer. Was also tun, damit Wohnen bezahlbar bleibt? Solange die Wohnung weiter Ware ist und politisch nicht ausreichend Grenzen gesetzt werden, steigen Mieten und Preise in attraktiven Städten und Stadtteilen, werden in Folge dessen Menschen mit geringem Einkommen verdrängt. Deshalb müssen wir LINKE Ursachen benennen, konkrete politische Alternativen entwickeln, Wege aufzeigen und Verbündete gewinnen.

Für bezahlbares Wohnen und lebenswerte Kommunen müssen besonders auf Bundesebene die Weichen anders gestellt werden. Anfang 2012 beschloss DIE LINKE eine wohnungs- und mietenpolitische Offensive. Im Dezember fand in Göttingen eine bundesweite wohnungspolitische Konferenz statt.

Um das Profitstreben zurückzudrängen, müssen Finanzmarktinvestoren vom Wohnungssektor ausgeschlossen, muss die von Rot-Grün beschlossene Öffnung rückgängig gemacht werden. Maßnahmen gegen Mietanstieg durch Änderungen des Mietrechts und stärkere staatliche Verantwortung für Zukunftsinvestitionen im Wohnungssektor haben für DIE LINKE Priorität. Sie knüpft dabei an Forderungen von Mieterorganisationen an und geht darüber hinaus.

Katrin Lompscher

Wir wollen:

- die Einführung einer Obergrenze bei der Neuvermietung. Das ist neu, aber da im Bundesrecht die Mieterhöhungsmöglichkeiten für Bestandsmieten begrenzt werden, halten wir die Ausweitung dieses Prinzips für möglich und notwendig.
- eine generelle Senkung der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Über die von Mieterbund und anderen geforderten 15 Prozent in vier Jahren gehen wir hinaus und plädieren für ein Stufensystem. Über zunächst zehn Prozent streben wir langfristig noch weniger an.
- die Einbeziehung aller Bestandsmieten in die Ermittlung der Vergleichsmieten, und eine Verpflichtung zu qualifizierten Miet spiegeln in größeren Städten,
- die Streichung der „systemfremden“ Modernisierungumlage. Erste Schritte sind die Senkung der jährlichen Umlagemöglichkeit von derzeit elf Prozent, die Beschränkung auf Maßnahmen für Klimaschutz und Barrierefreiheit, die Gewährleistung einer vollständigen oder annähernden „Warmmietenneutralität“ und eine zeitliche Befristung der Umlage.

Die Kommunen müssen in der Lage sein, diese mietrechtlichen Regelungen und die Sanktionsinstrumente des Wirtschaftsstraf-

rechts wirksam anzuwenden. Sie brauchen dafür mehr Geld und Personal. Diese Maßnahmen können zwar eine Begrenzung des Mietenanstiegs bewirken, führen aber nicht zu einer Senkung von Mieten, die schon jetzt nicht tragbar sind. Deshalb sind höheres Wohngeld, mehr Geld für soziale Wohnraumförderung und für die Unterstützung kostengünstiger Sanierungs- und Neubauprojekten notwendig. Die Erweiterung des Handlungsspielraums für lokale Maßnahmen gehört ebenfalls zu den bundespolitischen Forderungen, weil Problemlagen und Lösungsansätze in Kommunen sich stark unterscheiden.

Auch in Berlin sind wir gegen steigende Mieten aktiv. Wir wollen den Kündigungsschutz bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen verlängern und auf die ganze Stadt ausdehnen.

Wir brauchen:

- ein Zweckentfremdungsverbot, das auch Abriss und Leerstand von bezahlbaren Wohnungen unterbindet,
- mehr Milieuschutzgebiete in den Bezirken, um den preiswerten Wohnungsbestand besser zu schützen,
- angemessene, höhere Regelsätze für die Kosten der Unterkunft,
- neue Konzepte für bezahlbare Mieten im alten sozialen Wohnungsbau,
- eine neue soziale Wohnraumförderung,
- bezirkliche Initiativen für lebenswerte Kieze und Wohnungsneubau.

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, Dienstag, 12.2., 17 Uhr, Kieztreff „Falkenbogen“, Grevesmühlener Straße 20
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, Donnerstag, 14.2., 17 Uhr, Kiezclub „Magnet“, Strausberger Straße 5 (und 14.3., 17 Uhr; Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl)
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0163/588 12 05, Donnerstag, 28.2., 17 Uhr, UNDINE, Hagenstraße 57
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, Mittwoch, 13.2., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, Dienstag, 26.2., 16 Uhr, „Ikarus“, Wandlitzstraße 13

Kämpfen und feiern

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Eine vergewaltigte Frau war in zwei katholischen Kölner Kliniken abgewiesen worden, weil die Ärzte fürchteten, gegen kirchliche Normen zu verstoßen, wenn sie über die „Pille danach“ aufklären. Das Erzbistum Köln hat katholischen Krankenhäusern einen Bericht zufolge bereits vor einem Jahr das strikte Verbot der „Pille danach“ eingeschärft. Es gehe dabei um eine „Null-Toleranz-Grenze“ für Schwangerschaftsabbrüche und „damit verbundenen Tötungsdelikte“.

Ich wollte diese Nachricht erst gar nicht glauben. Wo leben wir denn? Solche Nachrichten kenne ich nur aus den USA. Dort stehen christliche Extremisten vor Kliniken und bedrohen Patientinnen und Ärzte. Wir dürfen solche Entwicklungen in Deutschland nicht zulassen. Die katholische Kirche muss ihre Position ändern oder ihre Krankenhäuser an die öffentliche Hand übergeben.

Rollback bei Frauenrechten?

Am 8. März werden wir wieder den Frauentag begehen. Dann werden wir nicht nur feiern, sondern uns auch Fragen stellen: Erleben wir ein Rollback, wenn es um Frauenrechte geht? Die Bundesregierung diskutiert seit Jahren die Frauenquote in DAX-Konzernen. Ich frage mich, ist das wirklich das letzte Problem, das wir Frauen in dieser Gesell-



schaft noch lösen müssen? Für mich ist die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine viel dringlichere Frage. Über sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in Mini-Jobs, darunter sehr viele Frauen.

Ute Klammer, eine Autorin des Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, kommt zu der Erkenntnis: „Die gegenwärtige Mini-jobstrategie muss aus Perspektive der Geschlechtergleichstellung als desaströs bezeichnet werden.“ Wie das Statistische Bundesamt berichtet, wünschten sich im Jahr 2011 rund 7,4 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 74 Jahren Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Auffällig sei unter anderem, dass teilzeitbeschäftigte Frauen im Osten mehr als doppelt so häufig mehr arbeiten wollen wie im Westen. Ursächlich seien hier

Auch in diesem Jahr wird Gesine Löttsch am 8. März Rosen verteilen. Dafür werden noch Helfer gesucht (Telefon: 99 270 725).

insbesondere die unterschiedlichen Gründe für die Teilzeittätigkeit. Zu den am häufigsten genannten Gründen zähle bei den Frauen im Osten, keine Vollzeittätigkeit gefunden zu haben.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich immer wieder gegen Mini-Jobs ausgesprochen hat. Auch weil Mini-Jobs am Ende Mini-Renten bedeuten. Wir wollen Arbeitsverhältnisse, von denen die Menschen in Würde leben können. Allein das sollte für jede Frau, die von einem Mini-Lohn leben muss, Grund genug sein, DIE LINKE im Herbst in den Bundestag zu wählen.

Tanz in den Mai

Ich möchte alle Leserinnen und Leser der „info links“ zum Tanz in den Mai am **30. April 2013, 17 Uhr**, in das Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1b, einladen. Gleichzeitig möchte ich Spenden für unseren Wahlkampf sammeln. DIE LINKE nimmt als einzige Partei keine Spenden von Konzernen an. Doch Wahlkampf ist teuer. Deshalb möchte ich für die Eintrittskarten um eine Spende bitten. Eine Solispende beträgt 20 Euro und eine einfache Spende 10 Euro. Die Karten gibt's in der Geschäftsstelle der LINKEN Lichtenberg (Alfred-Kowalke-Straße 14) und in meinem Bürgerbüro (Ahrenshooper Straße 5). **Wir suchen für diesen Tag aber noch einen ehrenamtlichen DJ (Bitte melden unter: 22 77 17 87).** Wenn die Linken tanzen, dann kann es nur eine tolle Veranstaltung werden.

Gesine hat nachgehakt:

Erreicht

Die Finanztransaktionssteuer kommt. Das haben die EU-Finanzminister beschlossen. Es verging kaum eine Haushaltsausschusssitzung, in der ich nicht den Finanzminister nach der Einführung der Finanztransaktionssteuer gefragt habe. Auch wenn die geplanten Steuereinnahmen viel zu niedrig sind, ist es doch auch unser Erfolg, wenn die Steuer dann eingeführt wird.

Gefragt

Oberst Klein war befehlshabender Offizier bei dem Luftangriff bei Kunduz im September 2009. 91 Menschen wurden dabei getötet. Klein wird Brigadegeneral. Ich habe gefragt: Wie steigen seine Bezüge nach dieser Beförderung? Die Antwort der Bundesregierung lautet: „... unabhängig von seinen familiären Verhältnissen – steigen seine Bezüge um monatlich brutto 1350,71 Euro.“

Gerechnet

72 000 Euro jährlich kann ein Praktikant maximal verdienen, der zukünftig für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Luxemburg arbeiten wird. Das geht aus vertraulichen Unterlagen zu den Durchführungsbestimmungen des ESM hervor.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar über

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** Montag, 4. März, 17 Uhr, im Bürgerbüro (Bitte zur Sprechstunde anmelden!)

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Das vorläufige Ende der Kultur

Seit vielen Jahren arbeitet man in Lichtenberg daran, unseren Bezirk für Künstlerinnen und Künstler attraktiv zu machen. Vor allem durch Mittel des Kulturfonds konnten gute und international bekannte Kulturschaffende Kunst-Projekte realisieren.

Seit Andreas Geisel (SPD) als Bürgermeister in Lichtenberg regiert, ist das anders. Vorbei ist die offensive Kulturpolitik unserer Stadträtin Katrin Framke. Nun stehen die Weichen auf Kahlschlag.

Jetzt ist auch noch die Stelle der Fachbereichsleiterin vakant. Die bislang amtierende Referentin wurde aus dem Amt „gekelt“. Ihre guten Kontakte zur Kunstszene waren eine große Bereicherung. Sie warb für den Kultur-Bezirk Lichtenberg und half Künstlerinnen und Künstlern, Fördermittel des Bezirks zu beantragen.

In diesem Jahr gibt es viel weniger Bewerbungen für Mittel aus dem Lichtenberger Kulturfonds. Wen wundert es? Das Interesse der neuen, für Kultur zuständigen Stadträtin

Kerstin Beurich (SPD) scheint nicht groß zu sein. Sie hatte das Amt ihrer Vorgängerin nicht ordentlich übernommen und sich nicht über laufende Projekte informiert. Das lange geplante Kulturhaus Karlshorst – ein wichtiger Kulturort im Bezirk sollte es werden – ignoriert sie. Die Neueröffnung geriet zu einem Desaster.

Der große Verlierer aber ist Hohenschönhausen. Dort wird 2013 kein einziges Kunst-Projekt mit Geldern des Lichtenberger Kulturfonds gefördert.

In Lichtenberg ist eine kulturelle Eiszeit angebrochen. Das trifft vor allem jene, die sich teure Kulturangebote nicht leisten können und die darauf angewiesen sind, sich ihre kulturellen Bedürfnisse wohnortnah und zu erschwinglichen Preisen zu erfüllen. Das stimmt uns nachdenklich, denn wie wir aus der Geschichte wissen, ist kultureller Kahlschlag immer auch ein Vorbote für den Zerfall einer Gesellschaft. *Evrin Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN*



Kultur muss nicht viel kosten, braucht trotzdem Geld und sollte vielen Menschen zugänglich sein. So wie hier auf dem Fest der LINKEN im Jahr 2012.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Wolfgang Schmidt

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 1/13: 1.2.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 14.3.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 1.3.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 9.2., 18 Uhr**
theater coram publico: „Bonbonfabrik“, Leitung: Stephan Ploog; Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend, 9.2., 19 Uhr**
Veranstaltungsreihe „Jazz für Sie“: mit Umbrella Jazzmen, Berlin, und Blue Wonder Jazzband, Dresden; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 14 €
- **Bis Sonntag, 10.2.**
14. Kabarett-Tage im Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 13.2., 20 Uhr**
Humboldts Studentische Philharmonie: Musik von Johannes Brahms und Christian Sinding; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 12/7 €
- **Donnerstag, 14.2., 19 Uhr**
„Die Schlacht von Stalingrad“, Podiumsdiskussion; Deutsch-Russisches Museum Karlshorst, Zwieseler Straße 4
- **Sonntag, 17.2., 16 Uhr**
„Hauptsache gesund!“ Programm der „Alten Schachteln“ aus Hellersdorf, Leitung: Johann Keib; Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonntag, 24.2., 16 Uhr**
Berlin-Premiere: „Die Schneekönigin“; Das Weite Theater, Parkaue 23
- **Sonntag, 3.3., 16 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Hauptsache Grau“; Mies van der Rohe Haus, Oberseestraße 60
- **Mittwoch, 13.3., 16.30 Uhr**
„Ins Taka-Tuka-Land“, Berliner Puppentheater; alte schmiede, Spittastraße 40, Eintritt 5/4 €
- **Ausstellungen**
 - „Antons-Art“, Fotokunst von Anton Schneider, urbane Situations- und Story-Art, Porträt-Fotografie und 3-D-Werke; Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, noch bis 28.2.
 - „Zerstörte Vielfalt. Jüdisch oder Deutsch! Zwei Lichtenberger Paare unter dem Verdikt der NS-Rassentrennung“; Museum Lichtenberg, Türschmidtstraße 24, noch bis 1.3.
 - „Unartig?“, Präsentation des LEIKKU 13 der Gutenberg-Schule; Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4, noch bis 1.3.
 - Ahnengalerie XV: Ausstellung der Malgruppe „Leser malen – Maler lesen“; Anna-Seghers-Bibliothek, Linden-Center, Prerower Platz 2, noch bis 2.3.